Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 32 (2013)

Heft: 63

Artikel: Geschlechterperspektiven in der "unternehmerischen Hochschule" : zur aktuellen Situation der Gender Studies

Autor: Fankhauser, Lilian / Schöni, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652393

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lilian Fankhauser / Walter Schöni

Geschlechterperspektiven in der «unternehmerischen Hochschule»

Zur aktuellen Situation der Gender Studies

Seit mehr als 30 Jahren wird an schweizerischen Hochschulen zum Thema Geschlechterverhältnisse geforscht und gelehrt (Meyer / Ehret 2005). Anfänglich waren es Wissenschafterinnen, die Themen der patriarchalen Machtverhältnisse und der geschlechtlichen Arbeitsteilung aus Debatten der politischen Frauenbewegung in die universitäre Lehre und Forschung einbrachten, ebenso in die Programme der Forschungsförderung. Als Kritikerinnen etablierter Wissenschaftsapparate hatten sie oft genug gegen Abwehrhaltungen der forschungspolitischen Entscheidungsträger wie auch der Forschergemeinschaften zu kämpfen. Dennoch wurden zahlreiche Untersuchungen zur Geschichte der Frauen und der Frauenarbeit, zur Sozialisation von Geschlechterstereotypen, zu Sexismus, Lohnungleichheit, Gender Budgeting im Staatshaushalt oder zur unbezahlten Care-Arbeit realisiert. Feministische Theorieansätze und Begrifflichkeiten genauso wie neue Untersuchungsmethoden bereicherten die empirische Evidenz und Erklärungskraft traditioneller Forschungsdesigns in den unterschiedlichsten Disziplinen, von den Geschichtswissenschaften über Psychologie, Medizin und Politologie bis hin zu Kulturgeografie und Soziologie. Die Entwicklung verlief nicht geradlinig und erforderte viel Eigeninitiative und Durchhaltevermögen insbesondere bei den Akteurinnen, deren Forschung vom herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb (noch) nicht anerkannt wurde.

Erst Ende der 1990er-Jahre setzte die Integration in den regulären Hochschulbetrieb ein. Das innovative disziplinäre und transdisziplinäre Potenzial der feministischen Theorie und Geschlechterforschung wurde vermehrt zur Kenntnis genommen und etablierte sich zunächst in Nischen. So entstanden institutionelle Wirkungsräume für «Gender Studies»: Erste Vertiefungsrichtungen und Studiengänge wurden aufgebaut, und es wurden (bescheidene) Ressourcen für Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt. Heute existieren an acht von zehn schweizerischen Universitäten und an einigen Fachhochschulen eigenständige Organisationseinheiten für Geschlechterforschung mit ihrem gestuften Lehrangebot. Beigetragen zu dieser Entwicklung haben an vielen Hochschulen auch die Abteilungen

für Gleichstellung, die sich sehr für die Etablierung der Gender Studies eingesetzt haben. Zudem existiert mit dem «Netzwerk Gender Studies Schweiz» eine gut funktionierende Plattform der Gender-Studies- und Gleichstellungseinheiten der Universitäten, welche das Lobbying für Geschlechterfragen in der Forschungslandschaft und im Hochschulbetrieb stärkt.

Allerdings sind etliche dieser Einrichtungen nicht auf Dauer gesichert. Teilweise beruhen sie auf zeitlich begrenzten Finanzierungen; zudem ist die Integration in bestehende Hochschulstrukturen auf sehr unterschiedliche Weise erfolgt, und immer wieder brechen Konflikte um Prioritätensetzungen und Ressourcen auf. Mit der Neuorientierung an Standards des Wissenschaftsbetriebs und der akademischen Laufbahn hat sich auch das Verhältnis zur feministischen Theorie und Politik verändert. Es musste zu einer pragmatischen Arbeitsteilung zwischen wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse und politischer Kampagnenarbeit gefunden werden, sowohl auf institutioneller Ebene als auch innerhalb der individuellen Biografien der Akteurinnen und Akteure.

Dieser Beitrag möchte zur Standortbestimmung der Geschlechterforschung im Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb beitragen und daraus geschlechter- wie auch wissenschaftspolitische Überlegungen ableiten. Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie denn die aktuelle Integration in Bildung und Wissenschaft verbessert werden könnte, sondern auch um die kritische Reflexion der Dynamik dieses Umfelds: Inwieweit bieten etwa bildungspolitische Reformziele unter dem Bologna-Regime, privatwirtschaftliche Forschungsfinanzierung oder die betriebswirtschaftliche Steuerung der Hochschulen über Rankings und Excellence-Programme ein geeignetes Umfeld für die Entfaltung der Geschlechterforschung und der Gleichstellungsarbeit? Welche Ansprüche wären an das Umfeld zu stellen? Wie könnte das Verhältnis zwischen Gender-Studies-Akteurinnen, frauenpolitischen Bewegungen und feministischen Theoriediskursen gestaltet werden?

Zunächst stellen wir Erkenntnisse aus der internationalen Diskussion über die Institutionalisierung der Gender Studies an Hochschulen im deutschsprachigen Raum vor. Danach gehen wir der Frage nach, wie sich Steuerungsmechanismen der «unternehmerischen Hochschule» auf die Gender Studies und die Gleichstellung der Geschlechter auswirken. Wir dokumentieren ein Gespräch mit Brigitte Schnegg, Leiterin des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung der Universität Bern, über die aktuelle Situation. Abschliessend ziehen wir Bilanz und formulieren Forschungsfragen zur vertieften Analyse und künftigen Gestaltung des Verhältnisses von Gender Studies und Hochschulen.

Die Institutionalisierung der Geschlechterforschung in Bildung und Wissenschaft

Die Eingliederung der Geschlechterforschung als Lehr- und Forschungsgebiet – anfänglich noch als «Frauenforschung» bezeichnet – verlief zumindest im deutschsprachigen Raum in engem Zusammenhang mit dem Aufbau der Gleichstellungarbeit an den Hochschulen. Die Geschlechter- und Wissenschaftsforscherin Sigrid Metz-Göckel unterscheidet drei Phasen im Eingliederungsprozess: Aufbruch, Ausbreitung und Professionalisierung (Metz-Göckel 2010). Impulse für die Aufbruchsphase gaben die neuen sozialen und Frauenbewegungen, die ab Mitte der 1970er-Jahre mit ihrer grundsätzlichen Kritik am Wissenschaftssystem auf breites Interesse stiessen. Die Ausbreitung und Verankerung der Geschlechterperspektive erfolgte in vielfältigen Formen – in hochschulpolitischen Aktivitäten, in Projektinitiativen inner- und ausserhalb des akademischen Betriebs und über erste Professuren und Netzwerke. Erst ab den 1990er-Jahren wurden gesetzliche Grundlagen und politische Vorgaben geschaffen, welche die Professionalisierung der Gender Studies beschleunigten und Hochschulen wie auch Wissenschaftsvereinigungen nötigten, ihre forschungspolitische Prioritätensetzung, ihre eingespielte Mittelzuweisung und Nachwuchsförderung zu überdenken. In der Schweiz fehlen nach wie vor gesetzliche Grundlagen zur Institutionalisierung der Gender Studies; immerhin vergibt der Bund seit 2004 Fördergelder für die Lehre an den einzelnen Universitäten.

Die Eingliederung in Hochschule und Wissenschaft erfolgte in sehr vielfältigen Formen. Im Lehrbetrieb wurden Module und Vertiefungsschwerpunkte geschaffen, die geschlechterspezifische Fragestellungen in Studienrichtungen einbrachten; zudem wurden Grund- und Weiterbildungsstudiengänge mit Fokus auf «Geschlechterverhältnisse» konzipiert, etwa in Kultur-, Erziehungs- oder Geschichtswissenschaften. Beispielsweise entstand am Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern der Nachdiplomstudiengang «Gender, Justice, Globalisation» mit Expertinnen aus verschiedenen Disziplinen. In der Forschung wurden Kompetenzzentren und Netzwerke für Geschlechterforschung eingerichtet, und die Theoriedebatten gaben Impulse weit über Fächergrenzen hinaus (Meyer-Renschhausen 2012, 118 f.).

Aus organisationstheoretischer Optik lassen sich inklusive und exklusive Formen der Integration unterscheiden (Metz-Göckel 2010, 900 f.):

- Als «inklusiv» bezeichnet man die Eingliederung der Geschlechterperspektive als interdisziplinär angelegtes Querschnittsthema in bestehende Ausbildungs- und Forschungsgebiete; diese Form bringt vielfältige direkte Einwirkungsmöglichkeiten, aber auch viele Reibungspunkte. Inklusiv angelegt sind in der Schweiz die meisten Fachstellen Gender

Studies an Fachhochschulen und einige Zentren für Geschlechterforschung an Universitäten, so in Bern, Genf und St. Gallen.
- Eine «exklusive» Form der Integration ist der Aufbau neuer Ausbildungs- und Forschungsschwerpunkte neben den bereits existierenden Schwerpunkten; hier bestehen grössere Autonomie, dafür weniger Berührungs- und Ansatzpunkte für die Diffusion neuartiger Fragestellungen und Methoden in den übrigen Forschungsfeldern. In der Schweiz verfügen die Universitäten Basel und Zürich über einen eigenen Lehrstuhl für Gender Studies und damit über einen spezifischen Forschungsschwerpunkt.

Die beiden Formen der Integration wurden in der Realität oft in Kombination umgesetzt. Beide besitzen ihre Vor- und Nachteile, und der Verlauf hängt stark vom Engagement der Hochschulleitungen, von den Praktiken der Mittelverteilung und der Kultur der Forschungsgemeinschaften ab. Auch die Verankerung und Akzeptanz der Gleichstellungsarbeit im Hochschulbetrieb erwies sich als wichtiger Einflussfaktor. Da die Mittelverteilung und das Verhältnis unter den Forschungsgemeinschaften zunehmend von betriebswirtschaftlichen Zielen und von Kriterien des Akquisitions- und Vermarktungserfolgs geprägt sind, dürfte es künftig nicht unbedingt leichter fallen, das Potenzial der Gender Studies im Wissenschaftsbetrieb zu entfalten.

Gender Studies und forcierte betriebswirtschaftliche Steuerung der Hochschulen

Während der Prozess der Integration der Gender Studies noch im Gang ist, hat gleichzeitig das Hochschulumfeld selbst seit den 1990er-Jahren eine neue Dynamik in Richtung einer «unternehmerischen Hochschule» entwickelt (Münch 2011, 68 f.), auch in der Schweiz. Stichworte dazu sind: Einrichtung des Bologna-Regimes, Umstellung der Hochschulorganisation auf «wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (New Public Management NPM), die betriebswirtschaftliche Steuerung von Lehre und Forschung via Rankings und Excellence-Kriterien und die Zunahme privatwirtschaftlicher Finanzierung. Bemerkenswert ist: Die technokratische Programmierung einer auf Wettbewerb, Wachstum und Marktfähigkeit getrimmten Hochschulbildung und Forschung, gegen die feministische Theorie und kritische Sozialwissenschaften sich schon in den 1970er-Jahren wandten, hat seither eine viel höhere Intensität erreicht.

Die viel diskutierte Bologna-Reform ist nicht das Hauptproblem, sondern eher ein willkommener Anlass für die seit Längerem angestrebte Disziplinierung und kompetitive Ausrichtung des Studienverhaltens innerhalb der angebotenen Curricula. Dabei bieten die gestufte Studienstruktur (Bachelor-, Master- und Weiterbildungsstufe), die weitgehende Modulari-

sierung der Curricula und die Kompetenzorientierung durchaus auch Vorteile: Der tradierte fachdisziplinäre Wissensfundus wurde zumindest in den ersten Phasen der Reform zwangsläufig reflektiert, Fächergrenzen wurden infrage gestellt und neue Sichtweisen und Kompetenzkriterien diskutiert – was Chancen für die Integration der Geschlechter- und generell transdiziplinärer Perspektiven bietet (so konnten beispielsweise auch Umweltthemen in den Ingenieurwissenschaften Einzug halten).

Relevanter für die Veränderung des Hochschulumfelds sind die wirkungsorientierte Verwaltungsführung und die verstärkte betriebswirtschaftliche Steuerung von Lehre und Forschung, die im Leitbild der «unternehmerischen Hochschule» dominieren. Dabei ging und geht es nicht bloss um die betriebliche und kundenbezogene Effizienz der einzelnen Hochschule, sondern grundlegender um die Umgestaltung der Mechanismen der Hochschulfinanzierung und der Forschungsförderung: Kriterien der Positionierung im Wettbewerb der Bildungsstandorte, der Wirtschaftlichkeit des Studienbetriebs, der «kritischen Masse» und Monopolmacht von Forschungsclustern bestimmen zunehmend nationale wie supranationale Entscheidungsprozesse. Mithilfe von Indizes und Rankingverfahren wird gemessen, inwieweit die einzelne Hochschule, die Fachrichtung, die Community der Forschenden oder einzelne Nachwuchsforscher/innen in ihrem Output mit solchen Kriterien übereinstimmen (zum Output zählen Publikationslisten, Zitationsstatistiken, das Volumen der akquirierten Drittmittel, die Liste der Kooperationen, die Projektepipeline usw.). Es fällt auf, wie sehr die Forschungsbürokratie um die Inszenierung des Wettbewerbs bemüht ist – und wie wenig sie sich um die Kohärenz und Validität ihrer Indikatoren kümmert.

Wie wirkt sich die neue Steuerungsdynamik auf den Stellenwert von Geschlechterperspektiven und Geschlechterpolitik im Wissenschaftsbetrieb und an den Hochschulen aus?

a) Folgen für die Verankerung der Geschlechterperspektive im Wissenschaftsbetrieb

Die Auswirkungen sind nicht einfach zu erkennen. Dringend nötig wären vertiefte Analysen, die allerdings wegen der Komplexität und geringen Sichtbarkeit der forschungspolitischen Prioritätensetzungen und der Interessenverflechtung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Entscheidungsträger und Investoren nicht einfach zu bewerkstelligen sind. Aufschlussreiche Recherchen zum privaten Hochschulsponsoring und zur Marktanbindung von Forschungszweigen in der Schweiz hat Marcel Hänggi unternommen (Hänggi 2013a; 2013b). Geht man von den zurzeit vorherrschenden forschungspolitischen und finanziellen Clusterbildungen beispielsweise in den Life Sciences, Nanotechnologie, Neurowissen-

schaften / Robotik oder Energieforschung aus, so ist unschwer zu erkennen, dass hier technokratische Weichenstellungen längst vorgenommen wurden, bei denen die kommerzielle Verwertung (Marktfähigkeit), Aussichten auf private Beteiligungen (Wirtschaftlichkeit) und die Kontrolle über strategische Technologien und Ressourcen im Vordergrund standen – also kurz- und mittelfristige Gewinnaussichten, welche weder eine kultur- oder sozialwissenschaftliche Genderforschung noch die Grundlagenforschung zur Care-Ökonomie in der Gesellschaft bieten können.

Solche Weichenstellungen sind indessen keine alleinige Errungenschaft des neuen betriebswirtschaftlichen Steuerungsmodells, denn auch das herkömmliche Wissenschaftssystem mit seiner Ordinarienuniversität war «keineswegs ein interessenfreier Raum» (Aulenbacher u. a. 2012, 407). Mit der Forschungsfreiheit, welche die Ordinarienuniversität ein Stück weit bewahrte, konnten auch patriarchale Privilegienstrukturen, private Klientelismen und eine oft einengende Deutungshoheit über das jeweilige Fachgebiet am Leben erhalten werden (davor waren auch als «kritisch» oder «links» sich definierende Institute und Forschungsansätze nicht gefeit). Dagegen konnten und können sich feministisch-alternative, ökologische, sozial- und machtkritische Forschungsinteressen jahrzehntelang kaum durchsetzen. So betrachtet ist die periodisch aufflackernde Empörung über das Forschungs- und Lehrstuhlsponsoring, insbesondere im Falle anrüchiger Geldgeber, zwar durchaus nachvollziehbar und Zeichen erhöhter Sensibilität. Sie greift aber – wie im aktuellen Fall des «Zürcher Appells» (www.zuercher-appell.ch) gegen das Sponsoring eines Forschungsinstituts an der Universität Zürich durch die Grossbank UBS – zu kurz, wenn sie nur den Angriff auf die «akademische Freiheit und Unabhängigkeit» beklagt. Denn das Problem liegt in den Prinzipien der «unternehmerischen» Hochschule, welche die Monopolstrategien starker Fachbereiche begünstigt (Münch 2011, 236 f.) und den Druck verstärkt, korporatistische Bindungen mit Geldgebern und Interessengruppen einzugehen.

b) Folgen für die Geschlechterpolitik (Gleichstellung) in Lehre und Forschung

Zur Situation der Geschlechterpolitik ist der Wissensstand etwas besser. Brigitte Aulenbacher u. a. (2012) haben mehrere Studien vor allem aus dem deutschsprachigen Raum ausgewertet, welche darüber Aufschluss geben. Auch bei diesen Fragen fehlen jedoch systematische Datengrundlagen, insbesondere für die Schweiz. Die Befunde sind ambivalent:

1. Im Rahmen der wettbewerbsbasierten Mittelzuweisung in Forschungsförderung und Hochschulbetrieb zählen mittlerweile eine aktive Gleichstellungspolitik bei Studierenden und Hochschulpersonal und

die Integration von Fragen der Geschlechterforschung vielerorts zu den Ranking- und damit Vergabekriterien. Gleiches gilt für die Akkreditierung von Hochschulen und Fakultäten. Die Aktivitäten von Gleichstellungsabteilungen und Geschlechterforschung werden allerdings umgehend denselben Outputmessungen unterworfen wie die etablierte Mainstream-Wissenschaft, obwohl sie sich oft erst im Aufbau befinden, ein anderes Wissenschaftsverständnis pflegen, teilweise andere Methoden der Erkenntnisgewinnung verfolgen und zudem finanziell oft auf wackligen Füssen stehen.

2. Im Personalbereich der «unternehmerischen» Hochschule sind Fortschritte im Anteil der Frauen zu verzeichnen. Zugleich gibt es jedoch Anzeichen geschlechtlicher Segregation: Die Zunahme des Anteils der Wissenschafterinnen konzentriert sich statistisch nachweisbar auf Fachbereiche und Stelleneinstufungen mit geringerer Reputation und Entlöhnung (Bloch / Burkhardt 2010, 14 f.; Herrmann 2013), die auch für die Outputmessung vermutlich weniger relevant sind. Das quantitative Gewicht der «Feminisierung» liegt auf Stellen im Lehrbereich der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, denen im Vergleich zu Natur- und Ingenieurwissenschaften ein geringes Akquisitions- und Marktpotenzial zugeschrieben wird. Die Segregationstendenz dürfte sich mit der outputorientierten Steuerung, mit der Beschränkung der Zahl der Professuren (bei gleichzeitig steigenden Studierendenzahlen) und mit der Schaffung prekärer «Nachwuchsstellen» noch verschärfen (Meyer-Renschhausen 2012).
3. Mechanismen der outputorientierten Bewertung schaffen Anreize in Richtung akademischer Normalbiografien: Erwünscht ist die Laufbahn des (traditionellerweise männlichen) Wissenschafters, der seiner «Berufung zur Wissenschaft» folgt, seine Aktivitäten und Sozialbeziehungen auf hoch bewerteten Output fokussiert und soziale Verpflichtungen wenn möglich an die Partnerin delegiert. Studien zeigen, dass Professoren statistisch häufiger als Professorinnen eine Familie mit Kindern haben, wobei die Kinderbetreuung von der Partnerin übernommen wird. Selbst in Doppelkarrierepaaren, wo beide Partner eine akademische Laufbahn verfolgen, liegt die Hauptlast des «Vereinbarkeitsmanagements» – der Abstimmung zweier Karrieren mit Haushalt und Familie – sehr oft bei der Frau (Behnke / Meuser 2003). Doch auch kinderfreie Akademikerinnen ziehen nicht einfach mit den männlichen Kollegen mit, was darauf hinweist, dass das universitäre Umfeld nach wie vor sehr stark von männlich dominierten Hierarchien geprägt und nicht attraktiv genug für Wissenschafterinnen ist.

Fallbeispiel: Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern, IZFG (Interview mit der Leiterin Prof. Brigitte Schnegg)

Wann und wie wurde das IZFG an der Universität Bern eingerichtet?

In den 1970er-Jahren gab es an verschiedenen Universitäten der Schweiz studentische Initiativen, um das «patriarchale System Universität» und den fehlenden Einbezug der Frauen- und Geschlechterfragen anzuprangern. Mit der Zeit haben sich auch Lehrende zunehmend mit der Geschlechterthematik befasst, und die Zahl von Frauen an der Universität erhöhte sich ganz allmählich. Es gab auch an der Universität Bern einige sehr umtriebige Wissenschafterinnen, die sich sehr dafür einsetzten, dass die Frauen- und Geschlechterforschung – die Gender Studies, wie sie damals bereits hiessen – im Wissenschaftsbetrieb ihren Platz bekommen sollten. In der wichtigen Phase Ende der 1990er-Jahre setzte sich die damalige Gleichstellungsbeauftragte Barbara Lischetti mit viel strategischem Geschick für die Schaffung eines Zentrums für Geschlechterforschung ein. Am 3. Januar 2001 habe ich schliesslich die Leitung des neu geschaffenen Zentrums IZFG übernommen. Die Initiantinnen, die aus unterschiedlichen Fachrichtungen kamen, waren sich darin einig, dass sie es interdisziplinär gestalten wollten. Das war die einzige Vorgabe, ansonsten hatten wir damals sehr viel Gestaltungsfreiraum.

Welche Stolpersteine lagen damals auf dem Weg?

Die Hauptschwierigkeit lag von Anfang an in der Frage, wie dieses Zentrum innerhalb der Struktur der Universität platziert werden sollte: Traditionell haben Lehre und Forschung an einer bestimmten Fakultät stattzufinden, die Verantwortlichen der einzelnen Fakultäten verfügen schon seit Langem über sehr viel Autonomie. Das Festhalten an diesen Traditionen hat sich mit den Bologna-Reformen seit den 1990er-Jahren sogar noch verstärkt, denn im Zuge dieser Reformen, die sehr viel verändert haben, wollten die Fakultäten unbedingt an ihrer Hoheit über Lehre und Forschung festhalten. Erste Ansätze zur Schaffung von ausserfakultären gesamtuniversitären Einheiten wurden rasch wieder aufgegeben. Wo sollte also ein interdisziplinäres Zentrum wie das unsrige angesiedelt werden? Die Verlegenheitslösung war eine Angliederung an die Abteilung für Gleichstellung, was einer Situierung in der Verwaltung der Universität gleichkam. Für uns war diese Situation nicht optimal. Doch im Nachhinein betrachtet bot sie möglicherweise auch Vorteile: Das Zentrum hat sich quasi unbemerkt dynamisch entwickelt, dank der Unterstützung verschiedenster universitärer Akteurinnen und Akteure. Besonders rasche Fortschritte machte die Ausbildung von Doktorierenden, die sich aus den verschiedensten Diszip-

linen zum interdisziplinären Austausch zusammenfanden. Diese Graduiertenausbildung war unter anderem möglich dank nationaler Fördergelder, die die Gender-Zentren der Schweizer Universitäten gemeinsam beantragt hatten.

Wie sah und sieht die Zusammenarbeit der universitären Gender-Zentren in der Schweiz aus?

Ohne prahlen zu wollen: Ich sehe die Gender Studies in der Schweiz diesbezüglich wirklich in einer Pionierrolle. Wir haben uns sehr früh vernetzt, haben gemeinsame Projekte organisiert, zum Beispiel für die erwähnte Graduiertenausbildung, und sind sogar so weit gegangen, dass wir gesamtschweizerisch aufeinander abgestimmte Profile gebildet haben. Eine so enge und unterstützende Kooperation gibt es weder in einer herkömmlichen Disziplin noch in einem anderen Land. In Bern haben wir ein Profil ausgebildet, das auf die Rolle als Hauptstadt und auf die Stärken der Universität Bern insgesamt ausgerichtet ist: Es beinhaltet Schwerpunkte in Entwicklungs- und Nord-Süd-Fragen, in Menschen- und Frauenrechtsfragen; auch Geschichte war immer ein Fokus. Ebenfalls wichtig war uns am IZFG immer die Nähe zu den NGOs, zu den Hilfswerken – hier war natürlich das Netzwerk Women in Development Switzerland (WIDE) als Verbindungsglied ganz wichtig. Deshalb haben wir auch immer wieder Fragen mit Bezug zu Politik und Feminismus wie Nachhaltigkeit, Care-Ökonomie und Entwicklungspolitik ins Zentrum unserer Aktivitäten gerückt. Und der Wissenstransfer in die Öffentlichkeit respektive der Dialog mit der Zivilgesellschaft waren und sind uns ein grosses Anliegen.

Gesamtschweizerisch sind die Gender Studies in der Schweizerischen Gesellschaft für Geschlechterforschung organisiert. Diese lag lange Zeit in einem Dornröschenschlaf, und erst vor zwei Jahren haben wir sie wiederbelebt, weil wir der Ansicht sind, dass wir uns auch gesamtschweizerisch als etabliertes Wissenschaftsfeld zeigen und für die nationalen Förderinstitutionen sichtbar sein möchten. Denn in den Genuss von Forschungsgeldern zu kommen fällt interdisziplinären Projekten nach wie vor sehr schwer. Wir haben im Rahmen der Gesellschaft für Geschlechterforschung inzwischen zwei sehr spannende Tagungen durchgeführt und gezeigt, dass Geschlecht für sehr viele Wissenschaftsfelder eine unabdingbare Kategorie darstellt und die Geschlechterforschung für die Gesellschaft sehr relevantes Reflexionswissen bereitstellt.

Hat sich mit Blick auf die gesamtschweizerische Entwicklung der Geschlechterforschung das Berner Modell der Interdisziplinarität bewährt?

Das ist eine komplizierte Sache. Im Unterschied zu anderen Universitäten in der Schweiz – Basel, Zürich, Genf, Lausanne, St. Gallen – haben wir

keine Professur für Geschlechterforschung. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, dass eine Professur nicht unser primäres Anliegen sei. In der aktuellen Entwicklung könnte sich dies als Schwierigkeit erweisen. Denn sobald eine Professur mal etabliert ist, kann diese nicht so schnell wieder abgeschafft werden. Da ich lediglich eine Titularprofessur, aber keinen Lehrstuhl habe, besteht ein gewisses Risiko, dass wir strukturell und hierarchisch ins Hintertreffen geraten – doch wir geben natürlich nicht auf, sondern setzen uns sehr für eine starke Positionierung in den universitären Strukturen ein. Das IZFG legte stets mehr Gewicht auf die inneruniversitäre Vernetzung als auf eine Professur. Die Verankerung in so vielen Fakultäten und Disziplinen ist eine wichtige Ressource, inhaltlich und universitätspolitisch: Wir haben eine wirklich transversale Perspektive, unser Spektrum reicht von Theologie über Geschichte hin zu Sozialanthropologie, Geografie und Rechtswissenschaften. Dies führt nun wieder zum Wissenstransfer, von dem wir bereits gesprochen haben: Gesellschaftlich relevantes und kritisches Wissen wieder in die Gesellschaft zurück zu transferieren, das ist in meinen Augen eine wichtige Aufgabe der Geschlechterforschung. Das kann zwar mit einer einzelnen Professur gewährleistet sein, muss aber nicht, denn die Anforderungen an eine Professur sind stärker auf den Wissenschaftsbetrieb ausgerichtet, dort muss sich eine Professorin oder ein Professor beweisen. Wir hingegen agieren, lehren und forschen zwischen den Disziplinen und haben mehr Spielraum.

Wir haben unser Wissen, unsere Kompetenzen auch in andere Wissenschaftsgebiete der Universität Bern transferiert und Wissenstransfer in Gendertheorie geleistet. Wir engagieren uns sehr stark im Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte. Hier können wir etwa Fragen der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung einbringen und etwas bewirken. So haben wir beispielsweise an einer Tagung zu Trans*-Personen mitgewirkt, die bis in die Politik und in Anwaltskreise hinein eine wichtige Ausstrahlung hatte. Somit ist es für uns vielleicht auch eine Chance, nicht so sehr in die hierarchischen und Karrierestrukturen der Universität eingebunden zu sein. Wir haben mehr Handlungsspielraum, haben aber gleichzeitig mehr Probleme und weniger Ressourcen, um uns innerhalb des Wissenschaftsbetriebs mit den zunehmend geforderten Leistungsnachweisen zu legitimieren und nachhaltig zu etablieren. Ich beobachte generell, dass sehr viele der neuen Leistungsindikatoren lediglich auf Naturwissenschaften ausgerichtet und für die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht geeignet, ja teilweise sogar fatal sind.

Inwiefern haben die Gender Studies die Universität Bern verändert?

Unser Zentrum für Geschlechterforschung hat die Universität Bern wohl nicht verändert. Aber es ist gelungen, in Zusammenarbeit mit vielen

motivierten und engagierten Leuten aus unterschiedlichen Disziplinen die Geschlechterforschung als eine qualitativ hochstehende und ernst zu nehmende Wissens- und Forschungsdisziplin an der Universität Bern zu verankern und auch manche Vorurteile zu überwinden. Am Anfang wurden wir ab und zu belächelt, und nicht selten ernteten wir unwillkommene Heiterkeitserfolge, wenn von Geschlechterforschung die Rede war – ich glaube, diesbezüglich sind wir wirklich einen Schritt weitergekommen. Auch haben wir, und das ist im Wissenschaftsbetrieb für den Erfolg einer Institution massgeblich, bei der Drittmittelbeschaffung einen vergleichsweise sehr guten Ausweis, und das wird innerhalb der Universität auch wahrgenommen. Auch an den anderen Schweizer Universitäten sind die Gender Studies diesbezüglich sehr erfolgreich. Aber noch gibt es viel zu tun, um unsere Strukturen zu sichern. Besonders mit Blick auf den anstehenden Generationenwechsel auf einigen Lehrstühlen. Wenn eine genderkompetente Person emeritiert wird, bricht unter Umständen ein ganzes Wissensgebiet weg. Uns ist es in Bern mit der Soziologie anlässlich der Pensionierung von Claudia Honegger so gegangen. Das war natürlich fatal, denn Soziologie ist ein sehr wichtiges Feld der Geschlechterforschung. Wir müssen künftig darauf hinarbeiten, dass bei der Ausschreibung von Lehrstühlen vermehrt auch Genderkompetenz im Profil verankert wird. Das wird nicht einfach werden. Aber ich bin sicher, dass heute mehr Leute in der Universität Bern der Meinung sind, dass es die Gender Studies braucht.

Welche Unterstützung wünschen Sie sich in der Zukunft für die Gender Studies?

Ich wünsche mir einen Wissenschaftsbetrieb, der offener ist für innovative Wissenskonfigurationen wie Gender Studies, die es nicht schon seit Aristoteles' Zeiten gibt, die den brennenden Fragen gesellschaftlicher Entwicklung nachgehen und diese gemeinsam mit den Studierenden erörtern – im Wissen, dass eine solche Studienrichtung vielleicht nicht für alle Ewigkeit Bestand haben wird. Die Universitäten sollten generell dynamischer werden, nicht nur, wenn es um Naturwissenschaften und Life Sciences geht. Eine Universität der Zukunft muss auch auf die gesellschaftlichen Herausforderungen eingehen können, und dafür braucht sie Fächer, die dynamisch, innovativ und kritisch sind, wie die Gender Studies. Meine Hoffnung ist, dass unsere Universität auf die Gender Studies stolz ist, sie als einen Beweis für ihre Offenheit und für die Relevanz ihrer Lehre und Forschung betrachtet und ihnen das förderliche Umfeld bietet, das sie brauchen.

Bilanz und Fragestellungen zur Strategie der Gender Studies

Eine vorläufige Bilanz zur Institutionalisierung der Geschlechterperspektive in Lehre und Forschung lautet wie folgt: Es entstanden neue Wirkungsräume in der disziplinären Struktur des Wissenschaftsbetriebs, welche innovative Aktivitäten in Lehre und Forschung ermöglichten und wichtige Impulse auch zur transdisziplinären Neuorientierung im Wissenschaftsbetrieb setzten. Allerdings ist der für Geschlechterforschung verfügbare Ressourcenanteil gesamthaft nach wie vor marginal, und die Gleichstellungsarbeit verzeichnet – zumindest auf der Ebene der Professuren – nur langsame Fortschritte, wenn auch mit grossen Unterschieden je nach Fachrichtung. Die Institutionalisierung verlangt zudem eine starke Orientierung an Wissenschaftsstandards und Karriere, was zumindest vordergründig oft mit einer «Distanzierung von den frauenbewegten Aktionen» (Metz-Göckel 2010, 897) einhergeht. Die neue Steuerungsdynamik an den Hochschulen und in der Forschung erzeugt eine Reihe von Struktureffekten, welche die strategischen Leitwissenschaften und ihre Marktanbindung stärken. Dagegen bedarf es koordinierter Anstrengungen, um Errungenschaften und Impulse der Geschlechterperspektive zu wahren und darüber hinaus das Potenzial aller patriarchats-, technokratie- und marktkritischen Wissenschaften zu entfalten.

Voraussetzung einer weiterführenden Strategiediskussion sind allerdings vertiefte Analysen zu Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der Gender Studies im Hochschul- und Ländervergleich. Wir formulieren abschliessend einige Untersuchungsfragen, welche systematischeren Aufschluss über in diesem Beitrag referierte Befunde liefern können. Sie nehmen Bezug auf die internationale Gender-Studies-Debatte, aber auch auf die Erfahrungen des Berner Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung:

- In welchen institutionellen Formen ist die Geschlechterforschung in Lehre, Forschung und Betrieb der Hochschulen integriert worden? Welche Elemente können im Hochschulvergleich als konsolidiert gelten, wo gibt es Spannungen und Konflikte?
- Welche Vor- und Nachteile bieten die realisierten Formen der Integration? Etwa bezüglich Zugang zu Ressourcen, Gestaltungsspielräumen in Lehre und Forschung, Zugang zu Programmen der Forschungsförderung?
- Welche Folgen hat die Orientierung an akademischen Standards und Bewertungskriterien für a) das Verhältnis der Geschlechterforschung zur feministischen Theoriedebatte; b) das Verhältnis zu frauenpolitischen Bewegungen und Kampagnen; c) die Anerkennung feministischer Anliegen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft?
- Wie sind die Beschäftigungsbedingungen in Gender-Studies-Einheiten

im Vergleich der Hochschulen und Fachrichtungen hinsichtlich: Arbeitsbedingungen, Lohn, Laufbahnperspektiven, Vernetzung? Welche geschlechtsspezifischen Wirkungen haben die Auslese- und Nachwuchsförderungspraktiken (vgl. Dackweiler 2007)?
- Wie wirken sich die betriebswirtschaftliche Leistungssteuerung (Zielvorgaben, Rankings und davon abhängige Mittelzuweisungen) und das forcierte private Hochschulsponsoring wie z. B. in den Wirtschaftswissenschaften, in den Life Sciences auf die Gender-Studies-Einheiten aus?
- Wie ist die Zukunft der methodischen und inhaltlichen Ansätze der Gender Studies in der disziplinären Struktur des Wissenschaftsbetriebs einzuschätzen? Welche Möglichkeiten gibt es, Geschlechterperspektiven im Forschungsmainstream noch besser zu verankern?
- Welche Unterstützung benötigen die Gender Studies in Lehre und Forschung vonseiten der Politik und der frauenpolitischen Bewegungen? Was können umgekehrt die Gender Studies für die frauenpolitische Praxis tun?

Literatur

Aulenbacher, Brigitte / Binner, Kristina / Riegraf, Birgit / Weber, Lena, 2012: Wissenschaft in der Entrepreneurial University – feminisiert und abgewertet? In: WSI Mitteilungen, Heft 6, 405–411

Behnke, Cornelia / Meuser, Michael, 2003: Vereinbarkeitsmanagement. Die Herstellung von Gemeinschaft bei Doppelkarrierepaaren. In: Soziale Welt, 54. Jg., Heft 2, 163–174

Bloch, Roland / Burkhardt, Anke, 2010: Arbeitsplatz Hochschule und Forschung für wissenschaftliches Personal und Nachwuchskräfte. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 207. www.boeckler.de/pdf/p_arbp_207.pdf (Abfrage 1.5.2013)

Dackweiler, Regina-Maria, 2007: Elite, Exzellenz, Exklusion? Elite und Eliten: Konjunktur eines politisch-rhetorischen Begriffs und einer analytischen Kategorie. In: Regina-Maria Dackweiler (Hg.): Willkommen im Club? Frauen und Männer in Eliten. Münster, 9–28

Hänggi, Marcel, 2013a: Geld für Geist. In: NZZ am Sonntag, 6.1.2013. www.nzz.ch/aktuell/startseite/geld-fuer-geist-1.17923471 (Abfrage 1.5.2013)

Hänggi, Marcel, 2013b: Cui bono. Wer bestimmt, was geforscht wird? Basel

Herrmann, Lucia, 2013: Viele Studentinnen, kaum Professorinnen. Noch immer wird der Grossteil der Lehrstühle an Schweizer Universitäten mit Männern besetzt. In: Neue Zürcher Zeitung, 11.3.2013

Metz-Göckel, Sigrid, 2010: Institutionalisierung der Frauen- / Geschlechterforschung: Geschichte und Formen. In: Becker, Ruth / Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Frankfurt am Main, 895–903

Meyer, Katrin / Ehret, Stephanie, 2005: Gender Studies Schweiz. Hrsg. vom Schweizerischen Nationalfonds und dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann. Bern

Meyer-Renschhausen, Elisabeth, 2012: Die neue Bildungskatastrophe. Zur Lage der Universitäten und ihrer Wissenschaftlerinnen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11, 111–120

Münch, Richard, 2011: Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Frankfurt am Main